



Militärmanöver Rapid Trident im September 2021 bei Lviv: Wird die Ukraine zum „unsinkbaren Flugzeugträger“ der USA?

FOTO: SERIHI HUDAK/GETTY IMAGES

## Wie 1962 in Kuba

**Rote Linie** Die Ukraine ist informell NATO-Staat – kein Wunder, dass Moskau reagiert

■ **Lutz Herden**

Inwieweit bleibt man unter einem Stahlhelm politisch zurechnungsfähig? Ende Mai bekam der grüne Co-Vorsitzende Robert Habeck einen aufgesetzten, als er in einem Unterstand der ukrainischen Armee am Donbass auftauchte, seinen Gastgebern nach dem Mund redete und erklärte, mehr Defensivwaffen müssten in die Ukraine geliefert werden. Unterlag er einer gestörten Wahrnehmung? Ging es nicht um Offensivwaffen? Nur damit war schließlich auf die abtrünnigen Enklaven Donezk und Lugansk geschossen und mehr Druck auf diese Refugien des Ungehorsams möglich. Was bisher zu mehr als 3.300 zivilen Opfern geführt hat.

### Entschlossen wie nie

Habecks Erkunden und Bekunden waren ein Beleg dafür, wie sehr der irreführende Umgang mit Kausalitäten zum westlichen Standardrepertoire im Ukraine-Konflikt gehört. Die Reflexionen nach dem Videogipfel zwischen Joe Biden und Wladimir Putin in dieser Woche vertiefen diesen Eindruck. Dass ein solches Treffen zustande kam, ist weniger ein Zugeständnis der USA an Russland, wie allenthalben nach dem Muster suggeriert wird: Werden russische Truppen massiert, regt sich in Washington die Diplomatie. Aus Verantwortung für den Frieden, versteht sich.

Tatsächlich ist das Zugeständnis ein Eingeständnis. Die USA sind dafür zuständig, die Ukraine als unsinkbaren Flugzeugträger zu präparieren und an der Grenze mit Russland zu verankern. Da Biden damit ein konfrontatives Verhältnis zu Moskau untermauert, muss er politisch reagieren, wenn Putin darauf militärisch antwortet (eine Bedrohung vor der eigenen Haustür nimmt keine Großmacht einfach so hin). Zumal ein Angriff der ukrainischen Streitkräfte auf den Donbass – mit dem Rückhalt der USA wie der NATO – durchaus denkbar ist. Das russische Oberkommando jedenfalls scheint davon auszugehen. Es bündelt Abschreckungsmacht und nimmt eine Anleihe bei der NATO-Doktrin des Kalten Krieges. Immerhin sind Kerninteressen der eigenen Staatlichkeit berührt. Der Vergleich hinkt absolut nicht: Was unternahmen die USA, wollte eine russisch-kubanische Militäralianz Mexiko als Vorposten

gewinnen und unablässig beteuern, man handle selbstredend nicht in provokativer Absicht, um Washington die Instrumente zu zeigen? Man solidarisiere sich lediglich mit einem befreundeten Regime. Niemand müsse sich bedroht fühlen. Was haben die USA getan, als 1962 sowjetische Raketen auf Kuba disloziert waren? Selbst ein Weltkrieg schien kein zu hoher Preis, um deren Abzug zu erzwingen.

In der Ukraine soll es dagegen vollkommen harmlos sein, wenn vorhandene zu vollendeten Tatsachen werden und die Westanbindung militärisch Fahrt aufnimmt? Offenkundig hat sich die NATO damit arrangiert, dass eine offizielle Mitgliedschaft der Ukraine vorerst unangebracht, weil zu riskant ist. Ein Staat, der einen ungelösten Territorialkonflikt wie den in der Ostukraine als Mitgift ins Bündnis bringt, kann sich im Ernstfall auf das Beistandsgebot nach Artikel 5 des NATO-Vertrages berufen. Um glaubwürdig zu bleiben, müsste die Allianz dann handeln und bekäme es weniger mit den staatsähnlichen Entitäten Donezk und Lugansk als deren Schutzmacht Russland zu tun. Ein offener Schlagabtausch wäre unausweichlich, Ausgang offen, Verluste enorm. Die Kollateralschäden dürften katastrophal und für lange Zeit irreparabel sein. Die NATO könnte ein solches Inferno vermeiden, würde sie die Regierung von Wolodymyr Selenskyj veranlassen, die Autonomie des Donbass anzuerkennen und dies verfassungsrechtlich zu bestätigen, wie es der Minsker Vertrag von 2015 vorsieht.

Warum jedoch sollte die NATO so verfahren? Bisher bietet ihr der Donbass-Konflikt enorme Vorteile, solange er nicht außer Kontrolle gerät. Bleibt die Region unkämpft, lässt sich Russland als Aggressor geißeln und rechtfertigen, was daraus folgt. Die Aufrüstung der ukrainischen Armee mit Flugabwehrsystemen, Panzern und Panzerabwehrwaffen, Helikoptern und Drohnen, komplettiert durch NATO-Manö-

ver im Schwarzen Meer, US-Truppen auf ukrainischem Boden, Militärausbilder aus Großbritannien, ab 2022 ebenso aus der EU. Hinzu kommt die Präsenz ukrainischer Minister bei NATO-Meetings wie vor Tagen dem Treffen der Außenminister in Riga.

Unverkennbar wird ein Land vom potenziellen zum informellen NATO-Staat, zur militärisch gut gesicherten Bastion, um zu vervollständigen, was der Nordatlantikkpakt seit 1999, dem Beginn der Osterweiterung, vom Baltikum bis Bulgarien an strategischer Vorsorge betreibt. Galt unter diesen Umständen für Moskau bisher ein direkter NATO-Eintritt der Ukraine als „rote Linie“, wird die nun gegen eine verdeckte Integration gezogen, wie sie von den USA vorangetrieben und von der NATO flankiert wird. Russland wirkt mehr als entschlossen, diese „militärische Expansion“ (Putin) definitiv aufzuhalten. Außenminister Sergej Lawrow verlangt, es müsse langfristige Garantien für die nationale Sicherheit geben. Man könne „nicht ständig darüber nachdenken“, was morgen in der Ukraine passiere. Nur wer soll diese Garantien geben? Der Westen müsste eine seit Jahrzehnten verfolgte Ukraine-Politik infrage stellen. Weil das nicht geschieht, bleibt nur die kontrollierte Konfrontation mit einer nach oben offenen Eskalationsskala. Dabei hat Russland das Reservoir an Reaktionen durch das Zusammenziehen von Truppen keineswegs ausgeschöpft.

### Falls Kiew angreift

Die sich wiederholende Warnung vor katastrophalen Folgen für die „ukrainische Staatlichkeit“, sollte Kiew zum Angriff auf den Donbass antreten, deutet nicht nur auf den dann unausweichlichen bewaffneten Konflikt. Zugleich wäre für Donezk und Lugansk jede Verhandlungslösung obsolet und deren Trennung von der Ukraine endgültig. Auch müsste Russland nicht einmal aus der Normandie-Gruppe aussteigen. Sie hätte sich als Verhandlungsformat erledigt, da im Ernstfall die Parteinahme der neuen Regierung in Berlin und wohl auch der in Paris eindeutig ausfiele.

Europa würde zerrissen, wie das nicht einmal zu Zeiten des Ost-West-Konflikts der Fall war, als der Kalte Krieg auch deshalb geführt wurde, um einen heißen zu vermeiden. Joe Biden wäre gut beraten gewesen, hätte er Wladimir Putin einen Vertrag in Aussicht gestellt, der jede weitere NATO-Ostausdehnung ausschließt.

## Scheitern als Chance

**Intervention** Die Ampelkoalition hält prinzipiell an Militärmissionen im Ausland fest

■ **Hans-Georg Ehrhart**

Zieht die neue Bundesregierung Lehren aus teils desaströsen Erfahrungen bei der Beteiligung an internationalen Militäreinsätzen? Schaut man in den Koalitionsvertrag, ist eher ein Fortschreiben des bisherigen Kurses zu befürchten. Auslandseinsätze und Bündnisverteidigung seien die beiden Aufgaben, die durch die Bundeswehr „gleichermaßen zu erfüllen“ sind, heißt es. Man präsentiert sich als „verlässlicher Partner“, der an seinem „außen- und sicherheitspolitischen Engagement“ festhalte. Doch gibt es Passagen, die hoffen lassen. So soll jedem Auslandseinsatz „eine Überprüfung der Voraussetzungen“ vorangehen.

Gemessen an den vergangenen drei Jahrzehnten verdienen drei Fälle besondere Beachtung: Afghanistan, Mali, die Ukraine. Am Hindukusch handelte es sich um eine NATO-Mission, die zum Kampfeinsatz mutierte, in Mali um eine EU-Ausbildungs- und UN-Stabilisierungsmission, in der Ukraine um ein umfassendes, vorwiegend nicht militärisches Engagement – drei qualitativ unterschiedliche Ansätze auf drei Kontinenten.

Nimmt man Afghanistan, so erscheint es im Nachhinein erstaunlich, dass die dafür zuständigen Bundesregierungen 20 Jahre benötigten, um zu erkennen, dass ein militärisch gestützter Staatsaufbau erfolglos blieb. Womöglich erlag man eigener Schönfärberei und/oder setzte bis zuletzt auf Bündnisolidarität. Dass die Bundeswehr in Mali präsent ist, sah die Regierung Merkel als historischen Schritt und Beleg dafür, dass Deutschland seine neue Rolle als „Gestaltungsmacht“ angenommen habe. Aber auch Mali wurde zum Reinfeld in einem nach wie vor fragilen Staat. Die dortige Armee hat innerhalb von neun Monaten zwei Mal geputscht. Eine korrupte Regierung ist zwar nicht mehr im Amt, aber von kaum besseren Militärs ersetzt worden. Es erstaunte, dass angesichts dieses Scheiterns CDU/CSU, SPD, FDP und Grüne im Wahlkampf dafür plädierten, in Mali zu bleiben, was frapierend an die Realitätsflucht beim Thema Afghanistan erinnerte.

Das Engagement in der Ukraine hat in mehrfacher Hinsicht eine andere Qualität. Es findet in direkter Nachbarschaft

zur EU statt, tangiert somit deutsche Sicherheitsinteressen unmittelbar. Die Ukraine ist zudem für die USA, besonders für Russland, von großer geopolitischer Bedeutung. Mit Russland ist eine nukleare Großmacht involviert, die sich nicht scheut, als „vital“ empfundene Interessen durch ihr militärisches Potenzial zu wahren. Das strategische Ziel deutscher Regierungspolitik bestand bzw. besteht darin, den Fall Ukraine so zu lösen, dass eine Einbindung in den Westen gesichert ist.

### Kommission zu Afghanistan

Nur wie realistisch ist das, solange die Protagonisten dieses Konflikts völlig unterschiedliche politisch-strategische Vorstellungen haben? Moskau geht es um Einfluss und Gleichgewicht. Das heißt, die Ukraine sollte idealerweise zum eigenen Einflussbereich gehören und keinesfalls NATO-Mitglied werden. Angesichts sich ausschließender strategischer Ziele der Kontrahenten besteht so die Gefahr einer permanenten Eskalation.

Natürlich bleiben eine fragile Staatlichkeit und damit verbundene soziale Ungleichheit eine Herausforderung für Frieden und Stabilität in den südöstlichen Nachbarregionen der EU. Doch sollte die anstehende Bundesregierung den Einfluss externer Akteure zur Befriedung innerstaatlicher Konflikte nicht überschätzen. Nation Building, das ist ein langwieriger historischer Prozess, der komplexen innergesellschaftlichen Dynamiken unterliegt. Sind dann noch, wie im Ukraine-Konflikt, rivalisierende Atomkräfte involviert, verengt sich der Handlungsspielraum für Mittelmächte wie Deutschland noch mehr. Deshalb muss Friedenserhaltung primäres Ziel sein. Die im Koalitionsvertrag angekündigte Enquetekommission zur Evaluierung des Afghanistan-Einsatzes bietet die Chance, aus schlechten Erfahrungen für künftige Auslandsmissionen zu lernen. Es wäre keine Überraschung, käme dabei heraus, dass von externen Akteuren betriebenes „social engineering“ in anderen Gesellschaften teuer ist und nicht funktioniert, schon gar nicht militärisch.

Hans-Georg Ehrhart ist Senior Research Fellow am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik Hamburg

ANZEIGE



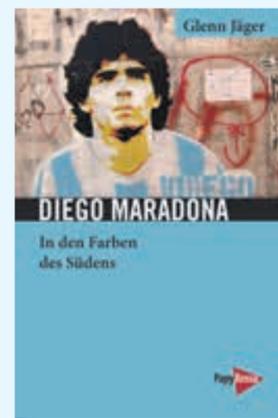
**Gerd Schumann**

### Kaiserstraße

**Der deutsche Kolonialismus und seine Geschichte**

Die deutschen Kolonialverbrechen sind nicht vergessen in Namibia und Tansania, in Kiautschou oder auf Samoa. Die koloniale Vergangenheit ist nicht tot, sie ist nicht einmal vergangen. Bis 1914 brach der deutsche Kolonialismus drei Kriege vom Zaun. Sein Völkermord in Südwestafrika ist wieder präsent, der in Südafrika wird weiter verdrängt. Zwar verschwand der Kaiser, nicht aber die Kaiserstraße.

ISBN 978-3-89438-764-8 | 239 Seiten | € 18,90



**Glenn Jäger**

### Diego Maradona

**In den Farben des Südens**

Besungen und geschmäht, verehrt und verachtet: Viele feierten den Jahrhundertfußballer auch für sein Aufbegehren – nicht nur gegen die Herrschaften der FIFA. Andere sahen ihm seine Haltung nicht nach, sie hatten ihm, so er selbst, seine Herkunft »nie verziehen«.

»Ein hervorragend recherchiertes und facettenreiches Werk.« (11 Freunde)

ISBN 978-3-89438-763-1 | 263 Seiten | € 18,90